

Vereinbarung zwischen dem Bieter (Auftragnehmer) / Nachunternehmer / Verleiher von Arbeitskräften und (ggf. weiteren) Nachunternehmer oder Verleiher zur

Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz

Ich/Wir gehe(n) folgende Verpflichtungen ein:

1. Für den Fall einer Auftragserteilung an mein/unser Unternehmen entlohne(n) ich/wir die bei mir/uns Beschäftigten nicht unter den für mein/unser Unternehmen geltenden Mindestentgelt-Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes.

Besteht keine solche Mindestentgelt-Regelung nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz oder liegt das danach zu zahlende Entgelt unter dem Mindestarbeitsentgelt je Stunde des § 3 Absatz 3 des Brandenburgischen Vergabegesetzes von zzt. 9,00 Euro brutto, so wird allen bei der Ausführung der Leistungen Beschäftigten für den Einsatz im Rahmen dieses Auftrages mindestens ein Bruttoentgelt von 9,00 Euro gerechnet auf die Arbeitsstunde gezahlt. Bei einer Lieferleistung gilt dies für die mit der Anlieferung zusammenhängenden Leistungen, insbesondere Transport, Aufstellung, Montage und Einweisung zur Benutzung. Mit dem Vertrag über die Lieferung bereits beauftragte spätere Dienstleistungen, wie Serviceleistungen am Liefergegenstand unterfallen ebenfalls dieser Vereinbarung.

2. Ich/Wir (Nachunternehmer/Verleiher) gebe(n) dem eigenen Auftraggeber ... und ... (öffentlicher Auftraggeber) zur Durchführung von Stichprobenkontrollen Einblicke in die Lohn- und Gehaltsabrechnungen. Das Einverständnis meiner/unserer von mir/uns eingesetzten Beschäftigten zu der Vorlage der Lohn- und Gehaltsabrechnungen und Überprüfung der vorgelegten Abrechnungen werden eingeholt. Zu Kontrollen darf der eigene und der öffentliche Auftraggeber oder eine von diesem beauftragte Person meine/unsere betrieblichen Grundstücke und Räume betreten und Beschäftigte meines/unseres Unternehmens über den Einsatz beim Auftraggeber und die Arbeitsentgelthöhe und -zahlung befragen. Dem Fragesteller müssen wahrheitsgetreue Angaben gemacht werden.

3. Ich/Wir überweise(n) Löhne und Gehälter auch im Ausland ansässiger Beschäftigter mindestens monatlich über Gehaltskonten und halte(n) vollständige, prüffähige, deutschsprachige Unterlagen über die Beschäftigungsverhältnisse sowie Überweisungsbelege bereit und lege(n) diese auf Wunsch dem Auftraggebers oder öffentlichen Auftraggeber in deren Büros vor. Ich/wir gestatte(n) werktags, außer samstags, zwischen 8 Uhr und 17 Uhr, freitags zwischen 8 Uhr und 14 Uhr, den Zugang zu meinen/unseren Geschäftsräumen und die Einsichtnahme in die Unterlagen über die Beschäftigungsverhältnisse und Überweisungsbelege und überlasse(n) diese auf Verlangen gegen Quittung.

4. Ich/Wir beauftrage(n) weitere Nachunternehmer nur unter der Voraussetzung, dass diese/r mir/uns gleich lautende Erklärungen abgibt und er ggf. ebenfalls von seinen Nachunternehmern. Dies gilt ebenso für Verleiher von Arbeitskräften.

5. Mir/Uns ist bekannt, dass der Auftraggeber Verstöße gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz an die zuständige Zollbehörde meldet. Der Auftraggeber kann bei Verstößen gegen die in diesem Angebotsteil enthaltenen vertraglichen Pflichten über einen Ausschluss vom Wettbewerb bis zu drei Jahren entscheiden und diesen zu einer zentralen Sperrliste melden, aus der brandenburgische Auftraggeber Auskunft über die Eintragung erhalten. Es besteht die Möglichkeit durch eine „Selbstreinigung“ eine Kürzung der Sperrdauer oder eine Aufhebung der Sperre zu erreichen. Änderungen an den Eintragungen sind gegenüber dem Auftraggeber geltend zu machen, der die Eintragung bewirkt hat.

6. Für jeden nachgewiesenen schuldhaften Fall im Sinne des Brandenburgischen Vergabegesetzes und damit dieser Vereinbarung zahle(n) ich/wir, eine **Vertragsstrafe** in Höhe von - 1 % der Auftragssumme, maximal 25 000 Euro,

- bei mehreren Verstößen insgesamt höchstens 10 % der Auftragssumme, maximal 250 000 Euro.

Verstöße gegen Lohnzahlungspflichten stellen je betroffenem Beschäftigten und Monat einen Fall dar. Verstöße gegen die Pflicht zur Duldung von Stichprobenkontrollen bilden ebenso einen Fall.

Bei Vorliegen der Voraussetzungen erwirbt ... (der öffentliche Auftraggeber) unmittelbar das Recht, die o. g. Vertragsstrafe von mir/uns umgehend zu fordern.

7. Ich/Wir beauftrage(n) Nachunternehmer oder Verleiher nur unter der Voraussetzung, dass der Nachunternehmer oder Verleiher sich gemäß demselben Vereinbarungstext mir/uns gegenüber mit Wirkung zugunsten des Auftraggebers verpflichtet. Punkt 6 dieser Vereinbarung gilt entsprechend auch für Nachunternehmer/Verleiher und weitere Nachunternehmer oder Verleiher.

8. Ich/wir räume/n dem eigenem Auftraggeber ein Kündigungsrecht für den Fall der Verletzung meiner/unserer in diesem Angebotsteil begründeten Verpflichtungen ein.

Ort, Datum, Stempel

Unterschrift Auftraggeber des Nachunternehmers/Verleihers

Ort, Datum, Stempel

Unterschrift Nachunternehmer/Verleiher